

Zeitzeugenbefragung am Beispiel der NS-Zwangsarbeiter

Bericht von Dr. Cordula Tollmien,
städtisches Forschungsprojekt „Zwangsarbeit in Göttingen“

vorgestellt auf der
Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare
e.V. (ANKA) in Hameln am 22. April 2002

veröffentlicht in: Archiv Nachrichten Niedersachsen. Mitteilungen aus
niedersächsischen Archiven Nr. 6/2002, S. 9-21.

Eigentlich habe ich Zeitzeugenbefragungen immer gescheut: Der Aufwand ist enorm; sie verlangen, wenn man ein einseitiges Ausbeutungsverhältnis zu den Befragten vermeiden will, eine weit über das wissenschaftliche Interesse hinausgehende intensive Betreuung der Befragten und kosten allein schon deshalb sehr viel Zeit. Die Euphorie und Naivität der Anfangszeit der Oral History in den 80er Jahren, als sich jedermann und jede Frau bewaffnet mit einem Tonbandgerät oder – ein wenig später – dann auch mit einer Videokamera auf den Weg machte, die Wirklichkeit Eins-zu-eins in authentischen Zeugenaussagen einzufangen, ist lange vorbei. Wir wissen inzwischen, dass die Erwartung, Zeitzeugen könnten „Fakten“ bzw. Informationen zur Verfügung stellen, die einen direkten Zugang zur vergangenen Wirklichkeit vermitteln, eine Illusion ist.¹ Wir wissen auch, dass die in den Zeitzeugenaussagen versteckten oder (seltener) auch offenen Wahrnehmung- und Erinnerungsmuster, Befindlichkeiten und Wertungen – also alles, was subjektiv erlebt, aber nicht objektiv niedergelegt wurde - der eigentliche Gewinn von Zeitzeugenaussagen darstellen, dass diese aufzuspüren aber einer höheren Interpretationskunst bedarf.²

¹ Vgl. dazu Roswitha BRECKNER, Von den Zeitzeugen zu den Biographen. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S. 199-222, hier S. 199 f.

² Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich auch bei schriftlich vorliegenden zeitgenössischen Überlieferungen immer um die Konstruktion von Wirklichkeit handelt, dass die Eruiierung des jeweiligen Entstehungszusammenhanges einer besonderen, wenn auch häufig vernachlässigten Interpretationsanstrengung bedarf. Der Unterschied zu Zeitzeugenaussagen liegt vor allem darin, dass bei letzteren die Erfahrungen und Deutungen aus verschiedenen Zeitebenen miteinander verschmelzen, dass sowohl vorherige als auch nachherige Erlebnisse und Erfahrungen die Erzählung beeinflussen, dass Zeitzeugenaussagen also immer ein nachträglich gestaltetes lebensgeschichtliches Konstrukt sind, selbst wenn dies dem „Zeugen“ in den seltensten Fällen bewusst ist. Vgl. dazu Katharina HOFFMANN, Schichten der Erinnerung. Zwangsarbeitererfahrungen und Oral History, in: Wilfried REININGHAUS und Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in

Wenn man sich trotz aller Bedenken dennoch auf eine Befragung von Zeitzeugen einlässt, dann sollte man ein paar Grundregeln beachten: In einer offenen, vertrauensvollen Gesprächssituation sollte man die Befragten zu lebensgeschichtlichen Erinnerungen anregen, die möglichst wenig vom Interviewer selbst beeinflusst werden,³ insbesondere einengende Zwischenfragen nach Details, die den Erinnerungsfluss unterbrechen oder umlenken, sind zu vermeiden. Selbstverständlich sollte der Interviewer die Sprache des Interviewten beherrschen (möglichst von gleicher Muttersprache sein) und eine Videoaufzeichnung, die neben sprachlichen Besonderheiten wie Pausen, Räuspern, Versprecher auch die Interpretation der Mimik und Gestik erlaubt, wäre wünschenswert.⁴ Wenn man für ein Forschungsprojekt über Zwangsarbeit in einer Kommune lebensgeschichtliche Aspekte berücksichtigen will, wäre es außerdem natürlich erstrebenswert, ein repräsentatives Sample von Befragten zur Verfügung zu haben, was beim Thema Zwangsarbeit zunächst einmal bedeuten würde, möglichst Vertreter aller der in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit gezwungenen Nationen oder Volksgruppen in die Befragung einzubeziehen, oder - wenn sich dies nicht realisieren lässt - doch zumindest Zwangsarbeiter aus Westeuropa gleichberechtigt neben den osteuropäischen Zwangsarbeitern zu befragen. Diese „Grundregeln“ sind selbstverständlich nur als Minimalforderungen an ein fundiertes Zeitzeugenprojekt zu verstehen, und sollen nur eine Idee davon vermitteln, welchen technischen, organisatorischen, methodischen und interpretatorischen Aufwand eine persönliche Befragung von ehemaligen Zwangsarbeitern einer Kommune oder auch nur eines bestimmten Betriebes bedeuten würde.⁵

Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 62-75, hier S. 62.

³ Selbstverständlich wird das jeweilige Gegenüber ebenso wie Erzählzeitpunkt und -ort immer einen Einfluss auf den Erinnerungsprozess haben und bei der Auswertung der Erzählprotokolle muss dies berücksichtigt werden.

⁴ Zur Interviewführung siehe z.B. BRECKNER (wie Anm. 1), S. 203 -209.

⁵ Vgl. dazu insbesondere das vor allem interpretatorisch immer noch unübertroffene Standardwerk von Lutz NIETHAMMER (Hg.), Lebensgeschichte und Sozialerfahrung im Ruhrgebiet, 3 Bde. Berlin / Bonn 1983-1985; hier insb. Bd. 1 „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“ – Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin / Bonn 1983, in dem sich auch ein Kapitel über Zwangsarbeiter findet: Ulrich HERBERT, Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: ebd., S. 233-266. (Zeitzeugen waren hier allerdings – der Anlage des Projekts entsprechend – ausschließlich Deutsche. In dem hier vorgestellten Projekt geht es dagegen um die Perspektive der Opfer, also der Zwangsarbeiter, selbst.) Ebenfalls wegen der sorgfältigen Interpretation sehr lesenswert ist auch: Ulrike JUREIT, Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, Hamburg 1999.

Zum konkreten Zeitzeugenprojekt „Zwangsarbeit in Göttingen“ lässt sich vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kurz zusammengefasst Folgendes sagen: Der Aufwand erwies sich trotz der vorher formulierten diesbezüglichen Bedenken als immer noch viel zu gering veranschlagt⁶ und die eben genannten Grundregeln ließen sich nicht einhalten. Bei einem lediglich auf zwei Jahre veranschlagten, nur von einer Person betriebenen und mit nur sehr geringen Sachmitteln ausgestatteten Forschungsprojekt waren weder Reisen nach Polen oder in die ehemalige Sowjetunion noch die systematische Suche nach einem möglichst repräsentativem Sample von Göttinger Zwangsarbeitern zu realisieren.⁷ Gefragt war stattdessen eine pragmatische Lösung:

Statt Videoaufzeichnungen der Erinnerungen einer repräsentativen Gruppe der ehemaligen Göttinger Zwangsarbeiter haben wir für die Stadt Göttingen daher schriftliche Äußerungen von 83 ehemaligen „Ostarbeitern“ (bzw. manchmal auch deren Witwen oder Kindern), zumeist in Form eines ausgefüllten, von mir

⁶ Das Projekt nimmt – trotz der sehr weitreichenden Unterstützung von Archivmitarbeitern – seit Oktober 2000 einen Großteil meiner Arbeitskraft in Anspruch.

⁷ Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Veröffentlichungen über Zwangsarbeit, die auch mit Zeitzeugenaussagen arbeiten. Entweder beschränken sich die Autoren dabei auf eine sehr kleine Gruppe von Befragten, wie etwa Tamara FRANKENBERGER, *Wir waren wie Vieh. Lebensgeschichtliche Erinnerungen sowjetischer Zwangsarbeiterinnen*, Münster 1997, die insgesamt nur fünf Interviews führte und sich auf die Interpretation der lebensgeschichtlichen Erinnerungen von zwei „Ostarbeiterinnen“ konzentrierte; oder aber sie erzeugen in mehrjährigen Forschungsprojekten mit einem größeren Mitarbeiterstab ein umfangreiches Sample von Befragungen, wie etwa Hans MOMMSEN und Manfred GRIEGER, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996, für das neun Wissenschaftlerinnen und zehn weitere Hilfskräfte fast zehn Jahre lang in Archiven des In- und Auslandes recherchierten und Interviews führten, oder auch: Barbara HOPMANN, Mark SPOERER, Birgit WEITZ, Beate BRÜNNINGHAUS, *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz* (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 78), Stuttgart 1994, wo 259 Interviews und elf schriftliche Befragungen von 12 Interviewerinnen in mehr als vier Jahren durchgeführt wurden. Diese großen Samples gehen allerdings häufig zu Lasten einer sorgfältigen Interpretation der einzelnen Befragungen. Im Mittelfeld, was die Quantität angeht, rangieren die Dissertationen von Katharina HOFFMANN, *Ausländische Zwangsarbeiterinnen in Oldenburg während des Zweiten Weltkriegs. Eine Rekonstruktion der Lebensverhältnisse und Analyse von Erinnerungen deutscher und polnischer ZeitzeugInnen*, <http://www.bis.uni-oldenburg.de/dissertation/2000/hofaus99/hofaus99.html> (Hoffmann befragte 19 ehemalige polnische Zwangsarbeiter oder deren Kinder), und Valentina Maria STEFANSKI, *Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk*, Osnabrück 2000, deren Arbeit insofern eine Ausnahme darstellt, als sie sich für die 43 von ihr geführten lebensgeschichtlichen Interviews auf eine eng begrenzte Gruppe von Zwangsarbeitern beschränken konnte, die nicht nur die Nationalität, sondern auch den Einsatzort gemeinsam hatten und sogar weitgehend der gleichen Generation angehörten (15-22 Jahre alt). Im Unterschied zu fast allen anderen Erhebungen waren die Erfahrungen ihrer Zeitzeugen daher weniger disparat und leichter miteinander vergleichbar. Hinzu kam außerdem, dass Stefanski polnische Muttersprachlerin ist und Verständigungs- und Übersetzungsprobleme daher in den Hintergrund traten.

entwickelten Fragebogens, manchmal aber auch stattdessen oder zusätzlich als Brief; hinzu kommen aus dem Landkreis Göttingen 15 entsprechende Äußerungen; außerdem 12 Briefe und Fragebögen von polnischen Zwangsarbeitern bzw. Kindern oder Witwen aus dem Stadtkreis plus 7 aus dem Landkreis Göttingen.⁸ Das sind insgesamt 19 schriftliche Äußerungen von polnischen Zwangsarbeitern oder deren Ehegatten bzw. Kindern und 98 schriftliche Äußerungen von ehemaligen „Ostarbeitern“ bzw. deren Ehegatten oder Kindern.⁹

Für jeden, der mit der Diskussion über die deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einigermaßen vertraut ist, spiegeln diese Zahlen schlicht die durch das am 12. August 2000 in Kraft getretene Gesetz zur Errichtung dieser Stiftung festgelegten Bedingungen für die vorgesehenen einmaligen Zahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter: Da Voraussetzung für eine solche Zahlung Deportation aus dem Heimatland und Zwangsarbeit im Deutschen Reich unter besonders schlechten Lebensbedingungen ist, sind nach diesem Gesetz

⁸ Genaue Auflistung: Für den Stadtkreis Göttingen (einschließlich der damals noch selbständigen Dörfer Geismar, Grone und Weende) 73 von ehemaligen „Ostarbeitern“ ausgefüllte Fragebögen (zum Teil mit ausführlichen Begleitbriefen) + 6 briefliche Darstellungen von ehemaligen „Ostarbeitern“, die lieber einen Brief schrieben als den Fragebogen auszufüllen + 4 mal briefliche Angaben von Witwen bzw. Kindern zur Zwangsarbeit ihrer Ehepartner bzw. Eltern (ebenfalls „Ostarbeiter“) + zwei ausführliche (in Stichworten notierte) Telefoninterviews mit einem inzwischen in Australien lebenden ehemaligen „Ostarbeiter“. Dazu aus dem Landkreis Göttingen (gemeint ist der damalige Landkreis Göttingen, ohne Grone, Geismar und Weende): 14 von ehemaligen „Ostarbeitern“ ausgefüllte Fragebögen + 1 Brief eines Witwers einer ehemaligen „Ostarbeiterin“. Außerdem für den Stadtkreis Göttingen (einschließlich Grone, Geismar und Weende) 9 von ehemaligen Zwangsarbeitern aus Polen ausgefüllte Fragebögen + 3 Briefe von in Göttingen geborener Kinder von polnischen Zwangsarbeiterinnen; und für den Landkreis Göttingen 3 von ehemaligen polnischen Zwangsarbeitern ausgefüllte Fragebögen + 1 Brief einer ehemaligen polnischen Zwangsarbeiterin + 1 schriftliche Darstellung mit mündlichen (nur in Stichworten notierten) Nachfragen einer polnischen Zwangsarbeiterin + 2 briefliche Darstellungen bzw. ausgefüllte Fragebogen durch die Witwe oder die Kinder eines ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters.

⁹ Mehrheitlich – nämlich zu fast 70 % stammten diese Zeugnisse sowohl bei den Polen und als auch bei den „Ostarbeitern“ von Frauen. Dies spiegelt neben dem vergleichsweise hohen Frauenanteil unter den osteuropäischen Zwangsarbeitern nicht nur die wie in Westeuropa auch höhere Lebenserwartung der Frauen wider, sondern auch die Tatsache, dass die Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa während ihrer Einsatzzeit in Deutschland im Durchschnitt jünger waren als die männlichen zivilen Zwangsarbeiter: So betrug das Durchschnittsalter der Ostarbeiterinnen im Jahre 1944 21 Jahre, was bedeutet, dass sie bei ihrer Deportation 1942 durchschnittlich deutlich unter 20 Jahre alt gewesen waren (viele junge Mädchen wurden bereits im Alter von 14 und jünger deportiert); auch die männlichen „Ostarbeiter“ waren noch sehr jung, aber immerhin durchschnittlich drei Jahre älter als die Frauen. Zahlen zum Verhältnis von Männer und Frauen unter den zivilen Zwangsarbeitern bei Ulrich HERBERT, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin-Bonn, 1982, S. 272; zur Altersstruktur: Mark SPOERER, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, Stuttgart-München 2001, S. 223.

Anspruchsberechtigte für eine Entschädigungszahlung (abgesehen von den als gesonderte Gruppe berücksichtigten KZ- oder Ghettohäftlingen) vor allem die Zwangsarbeiter aus Polen oder der ehemaligen Sowjetunion, nicht aber diejenigen, die aus Westeuropa stammten.¹⁰ Wenn man außerdem noch weiß, dass die Beweispflicht für die erlittene Deportation und geleistete Zwangsarbeit nach § 11 Absatz 2 des Gesetzes bei den Antragstellern, also den ehemaligen Zwangsarbeitern, liegt, dann ist klar, dass das Göttinger Zeitzeugenprojekt – wie viele ähnliche Projekte in anderen Städten auch – nicht in erster Linie ein Forschungsprojekt, sondern ein Projekt zur Nachweisbeschaffung war und ist. Und ausschließlich in diesem Kontext entstanden auch die Kontakte zu den ehemaligen Göttinger Zwangsarbeitern: Diese hatten sich vereinzelt bereits seit Mitte der neunziger Jahre an verschiedene Stellen der Göttinger Stadtverwaltung gewandt und um einen Nachweis für ihre Zwangsarbeit gebeten, nachdem zunächst Polen, später dann auch Russland, Weißrussland und die Ukraine den ehemaligen Zwangsarbeitern eine Zulage zur Rente zahlten. Aufgrund der schlechten Quellenlage und wegen der fehlenden Koordination zwischen den einzelnen beteiligten Stellen wurden sie ausnahmslos negativ beschieden. Mit der Entschädigungsdiskussion seit Februar 1999 und dem in deren Folge vom Göttinger Stadtrat Anfang 2000 beschlossenen Forschungsprojekt über Zwangsarbeit in Göttingen, mit dessen Wahrnehmung ich betraut wurde, wurden dann diese Anfragen zentral im Stadtarchiv gesammelt und alle Betroffenen noch einmal angeschrieben. Außerdem wurde Kontakt aufgenommen zu der 1988 in Moskau gegründeten „internationalen Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge MEMORIAL“, die inzwischen nicht nur Dependancen in fast allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern auch in Polen und in Deutschland (Berlin) hat. Seit 1990 unterhält MEMORIAL ein Unterstützungs- und Forschungsprogramm mit dem Titel „Opfer zweier Diktaturen“, das sich dem Schicksal der ehemaligen „Ostarbeiter“ widmet, die nach Stalins Diktum, sie seien „Verräter des Volkes“ auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat vielfältigen

¹⁰ Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 12.8.2000, Merkblatt zu Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter, Stand 12.7.2001. Ebenfalls anspruchsberechtigt sind auch ein Teil der ehemaligen tschechischen Zwangsarbeiter, doch haben sich diese aus unbekanntem Gründen bisher nicht in Göttingen gemeldet.

Repressalien (bis hin zu erneuter Lagerhaft) ausgesetzt waren.¹¹ Entstanden war dieser Forschungsschwerpunkt, nachdem Anfang März 1990 in einer Wochenbeilage der auflagenstarken Zeitung „Izvestija“ ein Artikel erschienen war, in dem fälschlicherweise von deutschen Entschädigungszahlungen an ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter berichtet und auf MEMORIAL verwiesen worden war. MEMORIAL war daraufhin völlig überraschend von einer Flut von insgesamt 440.000 Briefen ehemaliger „Ostarbeiter“ überrollt worden, die archiviert und in einer Computerdatenbank registriert wurden.¹² Aus dieser Datenbank erhielten wir die Namen und Adressen aller ehemaligen Zwangsarbeiter, die angegeben hatten, in Göttingen Zwangsarbeit geleistet zu haben. Wir verschickten daraufhin 114 Briefe an diese ehemaligen Zwangsarbeiter, von denen uns zu unserer großen Überraschung (schließlich stammten die uns von MEMORIAL zur Verfügung gestellten Daten aus dem Jahre 1990 und wir mussten damit rechnen, dass ein Großteil der Angeschriebenen inzwischen nicht mehr lebte) 67 antworteten, das ist eine Rücklaufquote von über 58 %.¹³ Ein Kontakt zu einer entsprechenden polnischen Organisation (hier käme in erster Linie die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ in Warschau infrage, die auch die deutschen Entschädigungsgelder verteilt) kam nicht zustande, da auf polnischer Seite wohl aufgrund schlechter Erfahrungen mit Anwälten, denen es um Vollmachten für die von ihnen betriebenen Sammelklagen

¹¹ Dies ist – abgesehen davon, dass etwa 1,3 mal soviel sowjetische wie (zivile) polnische Zwangsarbeiter in Deutschland eingesetzt waren und dass die polnischen Zwangsarbeiter durchschnittlich älter waren als die sowjetischen (Zahlen immer bezogen auf das Jahr 1944; HERBERT, Fremdarbeiter, wie Anm. 9, S. 27) – einer der Gründe, warum sich so deutlich mehr „Ostarbeiter“ in Göttingen gemeldet haben als Polen: Den zurückkehrenden sowjetischen Zwangsarbeitern nahm der NKWD häufig schon beim Eintreffen in der sowjetisch besetzten Zone ihre Papiere ab oder aber die Betroffenen vernichteten diese später selbst, um den Nachteilen, denen ehemaliger Zwangsarbeiter in der UdSSR ausgesetzt waren, zu entgehen. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter besitzen dagegen in vielen Fällen beispielsweise noch ihr Arbeitsbuch.

¹² Zu Memorial siehe: <http://www.memo.ru./deutsch/index.htm>; Memorial bekommt Lew-Kopelew-Preis, Meldung in der Frankfurter Rundschau vom 8.4.2002; Vgl. auch Barbara STELZL-MARX, Das Schweigen brechen. Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter an Memorial Moskau, in: Wilfried REININGHAUS und Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 217-225.

¹³ Ein Teil der Antwortenden hatte allerdings Göttingen mit anderen Orten verwechselt, z.B. naheliegenderweise mit Göppingen oder nicht ganz so naheliegend mit Hattingen. Letzteres erklärt sich aus dem russischen Alphabet, das kein H kennt und dieses mit G transkribiert, bei schnellem Sprechen klingt Göttingen dann schnell wie Göttingen. Daher bezogen sich von den 67 Antworten nur 61 auf Göttingen.

ging, diesbezüglich sehr große Zurückhaltung besteht und Adressen in aller Regel nicht herausgegeben werden.¹⁴

Nun waren die Angeschriebenen natürlich nicht in erster Linie daran interessiert, für uns als Zeitzeugen zur Verfügung zu stehen, sondern wollten für die in Aussicht gestellte Entschädigungsleistung einen Nachweis über ihre Zwangsarbeit.

Inzwischen hatten wir im Stadtarchiv durch intensive Recherche doch viel mehr auch namentliche Quellen gefunden, als wir ursprünglich erwartet hatten.¹⁵ Aber dennoch ließ sich zu den meisten Anfragen immer noch kein namentliches Dokument finden.

Nun sieht das Gesetz vor, dass – wenn keine Unterlagen vorliegen – die Leistungsberechtigung auf andere Weise „glaubhaft“ gemacht werden könne.¹⁶ Diese relativ offene Formulierung veranlasste uns im Stadtarchiv Göttingen – wie dies in der Folge dann eine ganze Reihe von anderen Archiven auch taten – sog.

Plausibilitätsbescheinigungen auszustellen, also Bescheinigungen, die feststellten, dass die Angaben der ehemaligen Zwangsarbeiter den im Archiv bekannten historischen Tatsachen entsprechen und damit „glaubhaft“ seien.¹⁷ Da nun die in den Briefen und Anfragen vorliegenden Angaben der ehemaligen Zwangsarbeiter von sehr unterschiedlicher Ausführlichkeit und Genauigkeit waren, wurde von mir ein detaillierter Fragebogen entwickelt, der ins Russische und Polnische übersetzt von uns ausnahmslos allen anfragenden ehemaligen Göttinger Zwangsarbeitern zugeschickt wurde.

Der Fragebogen enthält insgesamt 89 Fragen, die thematisch in sieben Gruppen geordnet wurden: Die erste Fragengruppe bezieht sich auf die persönlichen Daten und enthält neben Fragen nach Namen, Geburtsdatum, Adresse usw. u. a. auch eine

¹⁴ Dies ist ein weiterer Grund, warum in unserem Zeitzeugenprojekt die „Ostarbeiter“ ein so starkes Übergewicht haben. Vgl. dazu Anm. 11.

¹⁵ So sind schätzungsweise etwa 5000 ehemalige Zwangsarbeiter in der allgemeinen Einwohnermeldekartei verzeichnet, wo sie – wenn man die Transkriptionsprobleme bei den russischen Namen außer Acht lässt - im Prinzip leicht auffindbar sind. Die Namen, die sich in andern, nicht von vornherein alphabetisch geordneten Quellenbeständen fanden, wurden in eine Datenbank eingegeben.

¹⁶ Ebenfalls § 11 Absatz 2 des Gesetzes

¹⁷ Dabei ist allerdings ein allgemeiner, nicht individuell spezifizierter Satz nicht ausreichend. Damit die Bescheinigung von den die deutschen Gelder verteilenden Partnerorganisationen in den verschiedenen Ländern anerkannt wird, muss sie konkrete, detaillierte Angaben enthalten; vor allem darf der wichtige Satz nicht fehlen, dass die ehemaligen Zwangsarbeiter Kenntnis der von berichteten Ereignissen oder Tatsachen nur durch persönliche Anwesenheit erlangen konnten. Damit muss jede Bescheinigung als ein kleines Gutachten formuliert werden und ist entsprechend zeitaufwändig. Vgl. dazu Hans-Jörg KÜHNE, Die Stadt Bielefeld und die Entschädigung ihrer Zwangsarbeiter, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 86 (2000), S. 91-111, hier S. 95 f.

Frage zur jetzigen Lebenssituation.¹⁸ Der zweite Fragenkomplex ist „Dauer der Zwangsarbeit“ überschrieben und fragt nicht nur nach dem Zeitpunkt der Deportation, der Art und Weise des Transports nach Deutschland, sondern auch nach Namen von Familienmitgliedern oder anderen Dorfbewohnern, die gleichzeitig deportiert wurden. In einem dritten Abschnitt wird dann nach den genaueren Arbeitsbedingungen gefragt: Name der Fabrik, wenn bekannt (was häufig nicht der Fall ist), eine genaue Beschreibung der Arbeitprozesse, die geleistet werden mussten, die tägliche Arbeitszeit, die Entlohnung. Der ausführlichste Fragenkomplex in der Mitte des Fragebogens bezieht sich auf alles, was mit der Unterbringung, dem Lagerleben zu tun hatte. Anschließend wird auch noch nach Verpflegung und Kleidung, nach der Versorgung im Krankheitsfall, nach „Tod und Sterben“ und abschließend nach Verhaftung und Bestrafung, insbesondere nach KZ-Haft oder vorübergehender Unterbringung in einem sog. Arbeitserziehungslager gefragt.¹⁹ Man kann diesen hier nur cursorisch und stark zusammenfassend wiedergegebenen Fragen schon entnehmen, dass der Fragebogen mit seinem Schwerpunkt auf dem Lagerleben in erster Linie für die ehemaligen „Ostarbeiter“ entwickelt wurde; zwar ist er auch für Polen – wie ja auch geschehen – noch ohne weiteres verwendbar, doch da diese häufig in der Landwirtschaft eingesetzt waren (wozu es unter dem Komplex „Arbeitsleben“ auch ein paar Fragen gibt) und damit nicht in einem Lager lebten, waren große Teil des Fragebogens für diese irrelevant.²⁰

¹⁸ Als konkrete Konsequenz aus den auf diese Weise gewonnenen Kenntnissen über die erbärmliche derzeitige Lebenssituation der meisten ehemaligen „Ostarbeiter“ haben wir in Göttingen vor etwas mehr als einem Jahr ein privates Hilfsprojekt – die Göttinger Direkthilfe für ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen - ins Leben gerufen, so dass das ursprünglichen Forschungsprojekt inzwischen eng verknüpft ist mit tätiger Sozialfürsorge. Siehe dazu <http://www.cordula-tollmien.de/zwanggoedihi.html>. Eine ähnliche Verknüpfung von Zeitzeugen- mit humanitären Projekten (oft verbunden mit einem Einladungsprogramm) gibt es auch in anderen Städten, so etwa in Münster, München und Bochum; siehe dazu Karl REDDEMANN, „... nach Deutschland“. Zwangsarbeiter/-innen aus Belarus/Weißrussland. Befragungen und Aktenfunde, in: Wilfried REININGHAUS und Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 76-83; Constanze WERNER, Kiew – München – Kiew. Schicksale ukrainischer Zwangsarbeiter (hg. vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München), München 2000; Waltraut JACHNOW, Sabine KRÄMER, Wilfried KORNGIEBEL, Susanne SLOBODZIAN für die Initiative „Entschädigung jetzt“ (Hg.), ... und die Erinnerung tragen wir im Herzen. Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter Bochum 1942-1945, Bochum 2002.

¹⁹ Vgl. dazu auch den Interviewleitfaden bei REDDEMANN (wie Anm. 18), S. 78 f.

²⁰ Für Zwangsarbeiter aus Westeuropa müsste der Fragebogen noch einmal grundsätzlich überarbeitet werden, um den unterschiedlichen Lebensbedingungen, vor allem aber auch der unterschiedlichen Rekrutierungs- (bzw. Anwerbe-)praxis gerecht zu werden. Dies zeigt die Grenzen der Standardisierung von Fragen.

Gedacht war der Fragebogen als „Anleitung“ zur Erinnerung, als Ersatz für den fehlenden Interviewer: Die Fragen sollten Anstöße vermitteln, auf Konkreta, Einzelheiten oder Ereignisse verweisen, die den Betroffenen selbst vielleicht ganz unwichtig erschienen. Die Hoffnung war auch, dass mit der Frage nach einer Skizze des Lagers, danach, was es zu Essen gab, wer mit ihnen gemeinsam deportiert wurde, verschüttete Erinnerungen zurückkämen, die – unabhängig von den zumeist vergessenen deutschen Namen und Daten – eine Rekonstruktion der jeweiligen konkreten Zwangsarbeitsumstände erlaubten, die auch bescheinigbar war.²¹ Also Zeitzeugenbefragung ja, aber mehr in dem faktenorientierten Sinne wie dies auch bei einer Zeugenbefragung vor Gericht geschieht als in dem oben beschriebenen Selbstverständnis der Oral History, die sich weniger für Fakten als vielmehr für Einstellungen, Meinungen oder auch Erinnerungsmuster interessiert. Selbstverständlich war auch in meinem Fragebogen Platz für Ergänzungen und einige der ehemaligen Zwangsarbeiter haben zum Teil sehr ausführliche Begleitbriefe beigelegt, manchmal auch explizit mit Bezug auf den von mir bewusst naiv im Vorspann formulierten Satz, dass es nicht nur um die Erbringung des Nachweises für ihre Zwangsarbeit ginge, sondern auch darum, dass die Menschen in Deutschland, endlich wissen wollten, „was damals wirklich geschah“. Viele aber verleitete der Fragebogen zu Kurzantworten; bemüht ja nur alles richtig zu machen, vermieden sie es, über die durch meine Fragen „geleitete Erinnerung“ hinauszugehen und einfach hinzuschreiben, was ihnen einfiel. Dabei wurde etwas deutlich, was schon das erste Ergebnis dieser Fragebogenaktion darstellt: Die Schriftlichkeit, die der Fragebogen forderte, stellte in vielen Fällen ein weitaus größeres Hindernis dar, als wir bei den Vorüberlegungen, bei denen uns natürlich bewusst war, dass man schriftlich nicht so leicht plaudert und erzählt wie mündlich, angenommen hatten. Dies lag nicht nur am Alter der Befragten, die fast alle über 70 Jahre alt sind, häufig schlecht sehen und hören und in einigen Fällen gar nicht mehr in der Lage waren, selbst zu schreiben; es lag auch daran, dass schriftsprachliche Eigenproduktionen nur bei einer sehr kleinen, an der Ausführlichkeit ihrer Antworten leicht erkennbaren Gruppe der Befragten zum normalen Alltagsleben zählten,²² und dass sich darüber hinaus unter den ehemaligen „Ostarbeitern“ eine große Zahl von

²¹ Die Fragen waren deshalb so angelegt, dass sie möglichst eine Verknüpfung mit anderen Quellen erlaubten, also etwa mit den Plänen der Zwangsarbeitslager, die sich in den im Stadtarchiv aufbewahrten Bauakten befanden oder mit den Namen von Arbeitskameraden, die vielleicht doch in unserer namentlichen Zwangsarbeiterdatenbank aufgeführt waren.

²² Vgl. dazu HOFFMANN (wie Anm. 2), S. 66 f.

Analphabeten befindet, da diesen – als Schüler oder Schülerin deportiert – eine normale Schulausbildung verwehrt geblieben war.²³ Die meisten versuchten, dieses Handikap zu verbergen, in einigen Fällen gaben sie es aber auch offen zu. Was es für sie bedeutete, den Fragebogen dennoch mit fremder Hilfe so gut wie möglich auszufüllen, kann man nur erahnen.²⁴

Ebenfalls als nicht ganz unproblematisch erwies sich die Hin- und Rückübersetzung der Fragen und Antworten.²⁵ Doch das Problem von Verlusten durch Übersetzung besteht für alle Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter, seien sie nun von vornherein in fehlerhaften, ungelungenen Deutsch oder aber in Russisch verfasst. Dennoch wird diesen Anfragen, die sich ja inzwischen in fast allen Archiven zu hunderten finden, generell ein hoher Quellenwert zumindest als Ergänzungsüberlieferung zur behördlichen Überlieferung, aber auch als Grundlage und Basis für die gezielte Erstellung von Dokumenten der Oral History zugemessen.²⁶ Der von mir entwickelte Fragebogen hat zudem gegenüber den unsystematisch in den Archiven eintreffenden Anfragen den Vorteil einen einheitlichen Fragenkomplex zu enthalten, mit dem sich alle Befragten, auch wenn sie nicht alle Fragen beantwortet haben, auseinandergesetzt haben. Ein Vergleich der Antworten ist – etwa bezogen auf einen bestimmten Betrieb – durch eine einfache Synopse der jeweiligen Fragebogenantworten sehr leicht zu bewerkstelligen; dabei sind – da die Fragebögen ja von den ehemaligen Zwangsarbeitern selbst ausgefüllt und nicht erst nachträglich zur vergleichenden Auswertung aufgrund ihrer schriftlichen oder mündlichen

²³ Aufgrund der Diskriminierung, der ehemalige Zwangsarbeiter in der Sowjetunion ausgesetzt waren, konnten sie diese fehlende Schulausbildung in aller Regel auch nach ihrer Rückkehr nicht mehr nachholen.

²⁴ Interessanterweise war übrigens die Gruppe der – zumindest in schriftlicher Form – nicht-zeitzeugenfähigen Befragten, wie ich diejenigen einmal charakterisieren möchte, deren Antworten zumeist nur aus einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ bestanden, nicht identisch mit den Analphabeten, von denen eine ganze Reihe ihrem Schreiber oder ihrer Schreiberin viele interessante Details in die Feder diktierten.

²⁵ Übersetzungsverluste lassen sich dabei nicht vermeiden, einige kleinere Übersetzungsfehler ließen sich beispielsweise schon an den Antworten ablesen (so wird in Frage 58 eigentlich nach den Namen anderer Zwangsarbeiterlager gefragt, übersetzt worden war aber offenbar nur „Namen anderer Zwangsarbeiter; auch wussten viele Befragten offensichtlich nicht was ein Kapo ist, was wahrscheinlich auch an der Übersetzung lag). In einigen Fällen antworteten die Befragten auch auf Ukrainisch, was mein Übersetzer für Russisch aber mithilfe von vielen Telefonaten zu Landsleuten dennoch bewältigte.

²⁶ Vgl. dazu Anette HENNIGS, Der dokumentarische Gehalt von Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter/-innen an das Staatsarchiv Münster, in: Wilfried REININGHAUS und Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 84-90, insb. S. 89.

Aussagen vom Historiker erstellt wurden – in dieser Synopse nicht nur die Fakten, sondern auch die Formulierungen vergleichbar.²⁷

Bei aller quellenkritischen Vorsicht, die sowohl das Alter und den schlechten Gesundheitszustand der Betroffenen, den zeitlichen Abstand zum Geschehen, als auch den Prozess der Verdrängung von unbewältigten Erlebnissen, das selbstaufgelegte Schweigen und die eventuell gegebene mentale und emotionale Überforderung im Blick zu behalten hat, möchte ich abschließend nach dem konkreten Forschungsertrag dieser Fragebögen und der ihnen beigelegten Briefe fragen bzw. danach, worin dieser Forschungsertrag bestehen könnte. Denn die Auswertung dieser insgesamt 118 Zeitzeugendokumente ist bisher erst in Ansätzen erfolgt und die folgende Aufzählung daher in jeder Hinsicht unvollständig²⁸:

- Der erste Ertrag besteht bereits in den Plausibilitätsbescheinigungen, die jeder Antragsteller von uns erhalten hat, und die sich als Kleinstgutachten auch als Kurzcharakteristika der jeweiligen Betriebe lesen lassen. Da wir zu fast jedem Betrieb mehrere ehemalige ZwangsarbeiterInnen in unserer Befragtengruppe haben, ist auch ein Vergleich bezüglich Herkunft, Alter und Zeitpunkt des „Ostarbeitereinsatzes“ möglich. Wir verdanken den Antworten der ehemaligen Zwangsarbeiter auch verschiedene konkrete Einsichten beispielsweise in die Nutzung nicht betriebseigener Lager durch Fremdbetriebe; verschiedene Lager ließen sich auch durch die teilweise erstaunlich genauen Skizzen oder Schilderungen genauer orten.
- Relativ konkrete, zum Teil auch erschütternde Aussagen enthalten viele Fragebögen zur Anwerbe- bzw. Deportationspraxis, zu der unheilvoll effektiven Zusammenarbeit zwischen ukrainischen Dorfverwaltern oder Polizisten und deutschen Besatzungsbehörden bzw. SS- oder Wehrmachtsformationen: „Es war eine Treibjagd“, „Ich fuhr anstelle meiner kranken Mutter“ so lauten zwei in

²⁷ Vgl. dazu die kritischen Bemerkungen von HOFFMANN (wie Anm. 2), S. 67 und S. 70.

²⁸ Insbesondere die Auswertung der Fragebögen der polnischen Zwangsarbeiter und ein Vergleich mit denen der „Ostarbeiter“ sind noch nicht erfolgt. Einem ersten Eindruck nach sind die Antworten der Polen durchgängig kürzer und weniger detailreich als die der „Ostarbeiter“. Außerdem bleiben hier zunächst auch die überraschend vielen Fotos unberücksichtigt, die den Fragebögen beigelegt waren und deren Bewertung besonderer Interpretationsanstrengungen bedarf. Siehe dazu Cord PAGENSTECHER, Erfassung, Propaganda und Erinnerung. Eine Typologie fotografischer Quellen zur Zwangsarbeit, in: Wilfried REININGHAUS und Norbert REIMANN (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 254-266; Ronald BERG, Die Photographie als alltagshistorische Quelle, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S. 187-198.

typischer Weise unterschiedliche Antworten auf die Frage „Wie und warum kamen sie nach Deutschland?“

- Das vielleicht einprägsamste Ergebnis dieser Fragebogenaktion ist ein ganz konkretes Bild: nämlich ein mit Menschen voll gestopfter, von außen verschlossener Viehwaggon als Transport- bzw. Deportationsmittel nicht nur für Juden, sondern auch für die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und Polen.
- Überraschend war die hohe erzwungene Mobilität zwischen verschiedenen Einsatzorten, denen die meisten Zwangsarbeiter unterworfen wurden. Nicht nur gegen Ende des Krieges vor der vorrückenden Westfront beispielsweise vom Reichsbahnausbesserungswerk in Trier ins Reichsbahnausbesserungswerk nach Göttingen transportiert, sondern auch innerhalb der Stadt mussten sie immer wieder ihre Arbeitsstellen wechseln: So wurden beispielsweise nach der Schließung eines Textilunternehmens die dort beschäftigten „Ostarbeiterinnen“ einem Rüstungsbetrieb „zugeschlagen“, der gleich das gesamte Lager übernahm,²⁹ aus anderen Textilbetrieben kamen die Arbeiterinnen zum Reichsbahnausbesserungswerk oder in die Landwirtschaft.³⁰ Im August 1944 wurden zudem alle Ostarbeiterinnen und Polinnen, die bis dahin in deutschen Haushalten hatten arbeiten können, in die Rüstungsindustrie umgesetzt, was in aller Regel eine deutliche Verschlechterung ihrer Lage zur Folge hatte und entsprechend auch in den Fragebögen geschildert wird.
- Verglichen mit dieser hohen betrieblichen Mobilität zeigt sich in den Fragebogenantworten bezogen auf die unmittelbare Umgebung eine erstaunlich geringer Bewegungsradius besonders bei den Frauen. Diese erkundeten oft noch nicht einmal ihr eigenes Lager oder die direkte Lagerumgebung und die örtlichen Kenntnisse von Göttingen beschränkten sich daher in vielen Fällen buchstäblich auf die eigene Baracke und den eigenen Arbeitsplatz. Sowohl die Männer als auch diejenigen, die als Kinder deportiert worden waren, scheinen – so der erste Eindruck – diesbezüglich etwas wagemutiger gewesen zu sein.
- Die genauesten Erinnerungen betreffen dementsprechend auch nicht die Lagerunterbringung, sondern das Essen: Hier haben wir in der Mehrzahl der Fälle nicht nur eine detaillierte Beschreibung der (wenigen) Ingredienzien der täglich zweimal gereichten Wassersuppe erhalten, sondern auch genaue

²⁹ Gemeint ist die Göttinger Leinenweberei, deren Lager in der Stegemühle im Frühjahr 1944 von der Rüstungsfirma Sartorius übernommen wurde.

³⁰ Gemeint ist die Textilfirma Friedrich Schöneis.

Grammangaben, was die Brotration angeht. Dabei variieren diese Angaben durchaus (zwischen 100 und 300 gr.), aber das ist nicht entscheidend: Entscheidend ist, dass überhaupt Grammangaben auftauchen. Jedes Gramm Brot war überlebenswichtig, Hunger das bestimmende Element des gesamten Zwangsarbeiterdasein.

- Dies erklärt auch, warum die sonntägliche Arbeit für deutsche Hausfrauen, die seit Anfang 1944 erlaubt war,³¹ von den meisten Befragten als etwas Gutes empfunden wurde, obwohl dies bedeutete, am einzigen freien Tag, dem Sonntag, auch noch arbeiten zu müssen. Doch bekamen die „Ostarbeiterinnen“ als „Entlohnung“ Essen und manchmal auch gebrauchte Kleidungsstücke. Fast alle der befragten „Ostarbeiterinnen“ waren auf diese Weise neben ihrer Arbeit in der Rüstungsindustrie auch in Göttinger Haushalten tätig: Die Göttinger Hausfrauen kamen offenbar mit großer Selbstverständlichkeit am Sonntag zum größten Göttinger „Ostarbeiterlager“ auf dem Schützenplatz und suchten sich dort eine geeignete Hilfe aus - eine Tatsache, die noch einmal die enge Verflechtung von Zwangsarbeit(enden) mit dem alltäglichen, auch privaten Leben der NS-Bürgerinnen zeigt.³²
- Insgesamt fällt auf, dass in den meisten Fragebögen und Briefen die Hilfe, die die Zwangsarbeiter durch Deutsche erfahren haben, überbetont wird. Dies lässt natürlich keinen Schluss auf das tatsächliche Verhalten der Göttinger Bürger gegenüber den Zwangsarbeitern zu, sondern muss in dem Kontext, in dem die Fragebogenaktion stand gesehen werden: Viele der Befragten waren ängstlich bemüht, nur ja nichts Böses oder Nachteiliges über die Deutschen zu sagen, von denen ja nun die Entschädigungszahlungen zu erwarten waren. Nur sehr selten findet man in den Fragebögen Antworten wie diese: „Die Deutschen haben uns schlecht behandelt, sie verachteten uns, nannten uns, Schweine“.³³ Noch seltener sind Beschreibungen von Misshandlungen, die es aber natürlich – so verraten vielfältige Hinweise – gegeben hat. Demgegenüber bekamen wir

³¹ Ulrike WINKLER, „Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen“ – Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: Dies. (Hg.), *Stiften Gehen – NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 148-168, hier S.160 f.

³² Eine ergänzende Befragung von deutschen, Göttinger Zeitzeugen wäre daher sehr wünschenswert, stößt aber auf noch immer virulente Sprechhemmungen bei den „Tätern“, wie etwa ein in Göttingen am 6.6.2001 vom Verein freie Altenarbeit organisiertes und von mir geleitetes Erzählcafé zum Thema zeigte, bei dem sich fast nur Nicht-Göttinger zu Wort meldeten. Eine gezielte Suche nach einzelnen auskunftswilligen deutschen Zeitzeugen ist aber geplant.

³³ Fragebogen Anna Lukjanowna G. (Schöneis), Antwort auf Frage 59.

mehrfach Bitten um Kontaktaufnahme mit Göttinger Familien und einmal sogar eine Aufforderung zur Veröffentlichung der Namen in der Lokalpresse, weil die ehemaligen Zwangsarbeiter ihre Dankbarkeit denen gegenüber ausdrücken wollten, die ihnen während des Krieges geholfen hatten.³⁴

- Zentraler Erinnerungspunkt für fast alle ehemaligen „Ostarbeiter“ war ein Bombenangriff am 1. Januar 1945, der auch eine Männerbaracke im größten Göttinger „Ostarbeiterlager“ auf dem Schützenplatz traf und zahlreiche Tote unter den gerade beim Mittagessen sitzenden Zwangsarbeitern forderte. Im bis dato von schweren Bombenangriffen weitgehend verschont gebliebenen Göttingen war ein solcher Angriff an sich schon etwas Herausragendes, doch brannte ihn das markante Datum wie auch die Toten in den eigenen Reihen bei fast alle ehemaligen Göttinger „Ostarbeitern“ unauslöschlich in das Gedächtnis ein. Dennoch wird in den Fragebögen über diesen Angriff zumeist vergleichsweise emotionslos berichtet. Nur von einem ehemaligen Göttinger „Ostarbeiter“ erhielten wir eine detaillierte Beschreibung dieses Angriffs, dies allerdings verfasst in der offiziellen sowjetischen Nachkriegsdiktion, in der – wie beispielsweise auch in der DDR bezogen auf den Bombenangriff auf Dresden üblich – von der „erbarmungslosen Vernichtung unseres und eures Volkes von der anglo-amerikanischen Luftwaffe am Neujahrfest 1945“ die Rede ist; dies verbunden mit der Unterstellung, dass man in Göttingen diesen Angriff bisher verschwiegen habe (es gibt einen Gedenkstein auf dem Friedhof) und der Aufforderung, dieses Schweigen durch eine Veröffentlichung endlich zu brechen.³⁵
- Insgesamt ist festzuhalten, dass der Nachkriegsdiskurs in der Sowjetunion natürlich auch an anderen Stellen die Antworten der Befragten maßgeblich bestimmte und deshalb bei der quellenkritischen Auswertung Berücksichtigung finden muss. Dies ist auch einer der Gründe, warum die Geschichte der Deportation in den meisten Darstellungen einen so großen Raum einnimmt. Selbstverständlich war dies ein Ereignis, das sich im Gegensatz zu dem Einerlei der jahrelangen, harten Arbeitstage in Deutschland, dem Gedächtnis unauslöschlich einprägte, aber es geht bei der genauen Beschreibung der

³⁴ Brief von Nikolai Petrowitsch S. (Rube), Veröffentlichung im Göttinger Tageblatt am 24.2.2001, Brief von Jewgenija Timofejewna D. (Fleischerei Kraft)

³⁵ Brief von Iwan Semnonowitsch O. (Ruhstrat); vgl. dazu auch HOFFMANN (wie Anm. 2), S. 64.

Deportationsumstände sicher auch darum, dem in der Sowjetunion der Nachkriegszeit generell erhobenen Vorwurf der Freiwilligkeit entgegenzutreten.

- Obwohl Einstellungen aufgrund der spezifischen zur Nachweisbeschaffung konstruierten Fragen nicht explizit abgefragt wurden, schlugen diese doch nicht nur in den beiden zuletzt genannten Beispielen durch: So findet sich beispielsweise bei der Frage danach, ob sie von den Deutschen auf irgendeine Weise irgendwann einmal bestraft worden seien, immer wieder die Antwort, dass man sich an die Vorschriften gehalten habe, sich nichts habe zu Schulden kommen lassen, gut und fleißig gearbeitet habe und deshalb nicht bestraft worden sei – Formulierungen, die fast ein wenig Stolz durchscheinen lassen oder manchmal auch ein wenig Entrüstung ob der Zumutung der gestellten Frage.
- Festzuhalten ist allerdings, dass bestimmte Themen aufgrund der spezifischen Konstruktion des Fragebogens nicht abgefragt wurden: so wurde zwar nach Kindern und Schwangeren gefragt, nicht aber nach echten Liebesbeziehungen zwischen den Zwangsarbeitern, die es durchaus gegeben hat, auch nicht nach explizit nach Vergewaltigungen und Abtreibungen, und nur indirekt über die Frage nach Bestrafung nach Fluchtversuchen, Sabotage oder Widersetzlichkeiten anderer Art. Dennoch haben wir zum Teil sehr ausführliche und anschauliche Berichte über solche Erlebnisse bekommen, meistens in den erwähnten beigelegten Begleitbriefen zu den Fragebögen: Darin wird beispielsweise sowohl über die erfolgreiche Fluchthilfe für zwei sowjetische Kriegsgefangene berichtet als auch über die Versuche, sich durch Auflegen giftiger Pflanzen oder von Kupfermünzen der Zwangsarbeit oder der Deportation zu entziehen.³⁶ Aber auch ganz überraschende Geschichten waren darunter: zum Beispiel über Jüdinnen, die als nichtjüdische Zwangsarbeiter getarnt in Göttingen überlebten oder über eine Ende 1944 beim Behelfsheimbau für Flüchtlinge gemeinsam mit „Ostarbeitern“ und Italienern eingesetzte kleine Gruppe von Göttinger Juden, die sich aufgrund der durch diese Geschichte angestoßenen Recherchen namentlich identifizieren ließen.³⁷

³⁶ Brief von Natalia Sergejewna L. (Aluminiumwerk, Schneeweiß, Ohrenklinik); Brief von Natalia Sergejewna T. (Außenlager Ravensbrück).

³⁷ Siehe zu letzterem Cordula TOLLMIEN, „... und die deutschen Juden machten den Weg“ - Jüdische Zwangsarbeiter in Göttingen 1938-1945, Vortrag auf Einladung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Bücherfrauen e. V. Göttingen gehalten am 7.11.2001; dieser Vortrag wird Teil der für 2003 geplanten Publikation über „Zwangsarbeit in Göttingen“ werden.

- Die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter – so erfahren wir aus den Fragebögen – kamen erst Monate nach Kriegsende nach Hause, oft schon in der sowjetisch besetzten Zone festgehalten und für Arbeiten für die sowjetische Armee eingesetzt. Viele wurden zu Fuß auf die Reise nach Hause geschickt, einige kamen dort direkt in ein stalinistisches Lager: „Auf der anderen Seite der Elbe wurden wir von den sowjetischen Truppen mit Musik empfangen. Dann kam die Überprüfung und wir gingen entweder ins Lager oder nach Hause“, schrieb lakonisch eine ehemalige Göttinger „Ostarbeiterin“³⁸. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass nach unseren Fragebögen von den ehemaligen Göttingen „Ostarbeitern“ die von Stalin durchgeführte Repatriierung nicht als Zwang empfunden wurde. Sicher wussten damals viele nicht genau, was sie zu Hause erwartete, sie wissen es aber zweifellos heute und dennoch scheinen in ihren Antworten vor allem und in erster Linie auch im Rückblick noch immer die Freude über die Rückkehr nach Hause durch.³⁹

Zusammengefasst: Trotz der in den Fragebögen immer wieder durchschlagenden Tendenz zu stereotypen Antworten, die sich als Ausdruck kollektiver Erinnerungsmuster in schriftlichen Befragungen grundsätzlich stärker zeigt als bei mündlichen Interviews, erlauben die Antworten der ehemaligen Göttinger „Ostarbeiter“ sowohl wichtige Einblicke in ihr individuelles als auch in ihr kollektives Schicksal. Trotz der verglichen mit einem lebensgeschichtlichen Interview, wie ich es eingangs idealtypisch geschildert habe, quellenkritisch besonders zu beachtenden Problematik von schriftlich erhobenen lebensgeschichtlichen Informationen erweisen sich die Fragebögen durchaus nicht nur als zur Behördenüberlieferung komplementäre Quellen, deren „Wahrheitsgehalt“ anhand dieser behördlichen Überlieferung überprüft werden kann, sondern durchaus als eigenständiger auch individuelle Einstellungen und kollektive Erinnerungsmuster spiegelnde Quellenkorpus.⁴⁰

³⁸ Fragebogen von Nina Ignatjewna M. (Phywe), Antwort auf Frage 16.

³⁹ Vgl. dazu Jens BINNER, Die Repatriierung und das Leben in der Sowjetunion, in: Hans-Heinrich NOLTE (Hg.), Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen. Dokumentation der Erinnerungen, Frankfurt a. M. 2001, S. 205-255; Pavel POLIAN, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im Dritte Reich und ihre Deportierung, München 2001.

⁴⁰ Dazu trägt allerdings auch bei, dass ich inzwischen mit vielen der ehemaligen Zwangsarbeiter über die Fragebögen hinaus, eine Vielzahl von Briefen getauscht habe, in denen mir diese nicht nur meine Nachfragen zu speziellen Punkten des Fragebogens beantworteten, sondern durch die ich viele der ehemaligen Göttinger „Ostarbeiter“

Nachtrag 2011: Die zitierten Fragebögen und Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter sind im Stadtarchiv Göttingen als Sa.32 Sammlung Tollmien archiviert.

inzwischen sehr gut kennen gelernt habe. Dies erweitert die Interpretationsbasis für die Fragebogenantworten.